

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Amtsblatt der Stadt Braubach.

Bezugspreis

monatlich 3,— Mark,

durch die Post bezogen vierteljährlich 9,—

von derselben frei ins Ausland geliefert 9,45 P.

Erscheint täglich
Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Verate pro Gehaltene
oder deren Raum 40 Pf.
Anzeigenzeile 1,— Mt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Lemb.

Schäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Fernsprecher Nr. 80.



Druck und Verlag der Buchdruckerei von
H. Lemb in Braubach.

Postcheckkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Kassauische Landesbank.

Nr. 270

Braubach a Rhein, Donnerstag, den 16. Dezember 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Einer Mitteilung des „Petit Journal“ aus London nach den Brand in Cork 1200 Personen obdachlos geworden.

Man riefte an das amerikanische Volk die Bitte, eine Milliarde Dollars zu zeichnen, um die notleidenden Mitteleuropäer zu unterstützen.

Man italienischer Truppen sind zu bannuzi zugezogen. In Afrika ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen bannuzi Truppen und italienischen Soldaten gekommen.

Die amtliche Seite wird die mehrfach behauptete bevorstehende Brotpreiserhöhung als unrichtig bezeichnet.

Deutscher Demokratischer Parteitag in Nürnberg.

Wenige Tage nach dem Parteitag der Deutschen Partei hielten die Demokraten in Nürnberg ihre jährliche Parteitagung ab. Sie begann am 10. Dezember mit zahlreichen Sonderveranstaltungen der Partei. Die Arbeitnehmer und die demokratischen Studenten, die Mittelständler und die Beamten des Reichsbundes und die Frauen berieten in den verschiedenen Sälen des umfangreichen Hauses des Industrie- und Kulturvereins.

Am Sonnabend begann im festlich geschmückten Saal des Kulturvereinshauses der eigentliche Parteitag. Unter den Delegierten waren die Reichstagsabgeordneten Koch und Gehler, der preussische Ministerpräsident Dr. Brücker, die früheren Reichs- und Staatsratsmitglieder Schiffer, Gotthein, Kaufmann, Preuß, Günther, Wendorf, der frühere Reichsminister Graf Bernstorff, sämtliche und weibliche Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion und wohl ebenso viele Landesabgeordnete aus Preußen, Bayern und den übrigen Ländern.

Der Parteivorsitzende Dr. Petersen eröffnete und begrüßte zunächst den Parteitag, den der Nürnberger Landesgerichtsrat Morg namens der Nürnberger Parteifreunde herzlich begrüßte. Dr. Petersen hieß besonders die Vertreter aus den besetzten Gebieten, aus Schlesien, aus Danzig, aus Schleswig-Holstein, aus Westfalen und alle Deutschen außerhalb der heutigen Reichsgrenzen willkommen. Demokratisch sei, daß deutsch der Welt werden könne, was deutsch werden wolle. Die weiteren Begrüßungsreden von Vertretern Oberbayerns, Danzigs und von deutschen Demokraten aus Tschechoslowakei wählte der Parteitag unter stürmischen Beifall den erschienenen Parteiveteran Friedrich Bayer zum Ehrenvorsitzenden. Vorsitzende des Parteitages wurden Dr. Petersen, Prof. Gerland, Gertrud Bäumer und Staatspräsident v. Steiner. Den Organisationsbericht erstattete der Leiter der Geschäftsstelle der Partei, der Abg. Janßen. Nebenbei erfreulichem über Reformierung und Neubelebung der Parteibewegung hatte er auch zu sagen über die Opferwilligkeit der Parteifreunde im Lande. Die Klagen verteilte noch der Schatzmeister der Partei, der Abg. Dr. Fischer, der Erhöhung der Kassen von einer auf sechs Mark beantragte. Nach lebhafter Aussprache beschloß der Parteitag die Erhöhung des Beitrags für die Berliner Parteikasse von einer auf zwei Mark.

Unter Leitung des Ehrenvorsitzenden v. Bayer sprach dann Dr. Petersen den Hauptvortrag über die politische Lage. Nach den verlustreichen Reichstagswahlen habe die Regierungsbildung bewiesen, daß nur die Volkspartei gemacht werden könne, welche die Demokraten vornehmlich vertreten hätten. Dieser Erkenntnis müsse sich auch die Deutsche Volkspartei fügen müssen. Die Gründung des neuen Reichs auf das gleiche Recht der deutschen Männer und Frauen sei nach dem Zusammenbruch die einzige Möglichkeit gewesen, zur Rettung zurückzuführen. Die Forderung solcher Gleichheit in Staat und Wirtschaft könne nur durchgeleitet werden, wenn das gleiche Recht aller deutschen Männer und Frauen in der demokratischen republikanischen Staatsform bestehe. (Lebhafte Beifall.) Die demokratische Partei halte unerschütterlich und

unwandelbar fest an der republikanischen Staatsform. (Lebhafte Beifall.) Ihre Politik werde nach wie vor national und sozial gerichtet sein. Das marxistische Wirtschaftsideal der Bergesellschaft aller Produktionsmittel sei aus sozialen Gründen abzulehnen, weil es eine Entartung unserer Wirtschaft, eine Verarmung unseres Volkes an Persönlichkeiten und Werten zur Folge habe. Dagegen habe die nationale Wirtschaftsordnung in den hinter und vorderen Jahrzehnten bewiesen, daß sie auch die Arbeit-

nehmerschaft in ihrer Lebenslage zu heben geeignet sei. Die Demokratie habe als verantwortungsbewußte Partei die agitatorisch undankbare Aufgabe, dem Volke die Sachlage unverfälscht so zu schildern, wie sie ist. Rührer, leidenschaftslos Beurteilung der trostlosen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt sei notwendig. Man müsse die Durchbringung von Volk und Staat mit dem demokratischen Gedanken der Gerechtigkeit fordern. Die Demokratie und die Republik seien nicht allein in Gefahr durch reaktionäre Mächte und Agitationen für Monarchie oder Diktatur des Proletariats, sondern noch mehr durch das Vergehen der sozialistischen Partei, die aus engherziger Parteipolitik schwere Gefahren für die Republik und die Demokratie heraufbeschwöre. Die Ausgestaltung zu einer großen Partei müsse politisches Hauptziel bleiben, weil das Vaterland eine solche Partei des Ausgleichs der wirtschaftlichen und politischen Interessen dringend benötige. Deshalb müsse auch die Demokratie ihre taktische Freiheit nach jeder Seite wahren, denn heute seien allenfalls die Voraussetzungen für taktisches Zusammengehen der Kräfte, nicht aber für weittragende Maßnahmen gegeben. Petersen schloß unter stürmischem Beifall mit einem begeisterten Schlussspruch an das demokratische Empfinden der Parteitagbesucher.

Chefredakteur Kufatz ergänzte das Referat Petersens nach der außenpolitischen Seite, sprach vom Meinland und von Danzig und Westpreußen und Bosen, von Oberschlesien und dem Ostpreußen Bändchen, von Litauen und dem deutschen Westen. Die Demokratie sei nicht nach Rache, sondern nach Recht.

Der bayerische Handelsminister Hamm sprach dann über Reich und Länder; mit Leidenschaft und Schwingung trat er für die Einheit des einen deutschen Staates ein. Gegen die „Bodendörner der „guten alten Zeit“ sei es Aufgabe der Gegenwartsmenschen, den deutschen Staat so weit wie möglich auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu machen. Statt Föderalismus und Versäulung brauchen wir bei aller Anerkennung der Eigenart der Länder lebendigen demokratischen und liberalen Geist. (Lebhafte Beifall.)

Der tschechoslowakische Abg. Kofka überbrachte die Grüße der dortigen Deutschen demokratischen Freiheitspartei und schilderte die Beiden seiner Gefinnungsgenossen dabeim. Der Parteitag brachte diesem Redner lebhafteste Ovationen dar.

Eine von brausem Beifall begleitete Rede hielt Reichsminister a. D. Dr. Preuß über

„Demokratie und Republik“.

Die preussische Frage gehe ganz Deutschland an. Im inneren Leben des Reichs sei Freiheit der Bewegung erwünscht, aber dem Ausland gegenüber müsse Deutschland einheitlich und geschlossen auftreten. Die Einheit Deutschlands und die Erhaltung der Republik bedingten sich gegenseitig. Die Wiederherstellung der Monarchie sei nicht denkbar ohne Bürgerkrieg und ohne Zerstückelung Deutschlands. Die beiden Parteien der Rechten brähten es trotzdem fertig, sich als Hüter nationaler Güter aufzuspielen und gleichzeitig die Wiederherstellung der Monarchie zu erstreben. Nur die Republik sei im Stande, die Einheit Deutschlands zu erhalten. Wenn sich in der Bevölkerung jetzt eine rückläufige Bewegung zeigen sollte, müßte man dem handhalten, selbst auf die Gefahr hin, vorübergehend Wahlstimmen zu verlieren. Tatsächliche Fragen dürften Grundzüge nicht discredittieren. Die Einigung des liberalen Bürgertums sei allgemeiner Wunsch, aber eine Verbreiterung der Demokratie auf sumpfigem Boden müsse abgelehnt werden. Deutschlands Zukunft hänge von einer kraftvollen demokratischen Republik ab.

Unter den weiteren Diskussionsrednern war auch der Vorsitzende der Bayerischen Landtagsfraktion, Dr. Dier aus München, der die Übereinstimmung der bayerischen Demokraten mit der demokratischen Gesamtpartei im einzelnen darlegte und sich gegen ein föderalistisches Deutschland und für die unverbrüchliche Schicksalsgemeinschaft zwischen Bayern und dem Reich aussprach. Erst abends nach 8 Uhr schloß der erste Tag, und es folgte ein sehr gelungener Begrüßungsabend des Parteitages durch die Nürnberger Parteifreunde.

Viele Hunderte fanden leider keinen Eingang mehr. Musik des Philharmonischen Orchesters, Vorträge von der Gesangs- und Orchester-Gesellschaft der Demokratischen Arbeiter- und Angestelltenvereins, allgemeine Volkslieder, die gemeinsam gesungen wurden, mehrere Hans-Sachs-Spiele und andere theatralische Aufführungen hielten die in drangvoll fürchterlicher Enge eingekerkerten Massen bis zur Polizeistunde nachts zusammen. Den Höhepunkt des allgemeinen Vergnügens bildete ganz zweifellos die Begrüßungsansprache durch die „Nürnberger Waise“, die alte Stadtpuhme, die sich u. a. jeden Reichsminister und die

hervorragenden Abgeordneten hernahm, um ihnen allerlei Ergötzliches anzuhängen.

Am Sonntag vormittag um 10 Uhr wurde die abends zuvor abgebrochene Aussprache über die politische Lage wieder aufgenommen.

Dr. Schamp-Coblenz schilderte aus eigener Anschauung die traurigen Verhältnisse im besetzten Gebiet.

Reichsminister Weizsäcker, Würzburg lehnte die Fusion mit der Deutschen Volkspartei ab, war aber überzeugt, daß auf die Dauer nicht zwei Parteien nebeneinander und gegeneinander leben könnten, die ihre Wähler aus dem gleichen Reservoir bezögen. — Abg. Helle-Berlin: Nationaler und demokratischer Gedanke seien zwei Ausdrücke für den gleichen Begriff. Demokratie und Nationalgefühl gehörten zusammen. — Reichsminister a. D. Gotthein weist auf die Bewirtung hin, die durch Übertragung der Finanzverwaltung von den Einzelstaaten auf das Reich geschaffen sei. Mit der Zwangsverwaltung müsse ausgedrängt werden. Durch Schaffung von Wirtschaftsprovinzen werde die innere Einheit gefährdet.

Reichswehrminister Gessler wendet sich gegen die zahlreichen Kritiker, die ihm immer gesagt hätten, wie er es nicht machen soll, ohne ihm indessen praktische Ratschläge für Bessermachen zu erteilen.

Ein Heer mit voller Koalitionsfreiheit und Streikrecht sei undenkbar. Unter dem Deckmantel der Demokratie suchen sich häufig nur Standesinteressen Geltung zu verschaffen und Bestrebungen, um höhere Besoldungsstufen durchzusetzen. Das Heer müsse entpolitisiert werden, aber freilich nicht in dem Sinne, daß das Bekenntnis zu den Rechtsparteien als unpolitisch, zu den Linksparteien als politisch bezeichnet werde. (Lebh. Beifall.)

Wir dürfen kein Privilegium haben, daß die Politik des Landes macht. Der Weg zu den obersten Stellen soll jedem frei stehen; aber die Ansprüche, die das Land stellen muß, dürfen nicht herabgesetzt werden. Für das Offizierskorps verlange ich das Abgangsergebnis einer Militärschule, gebe aber jedem jungen Mann, der ins Heer eintritt, die Möglichkeit, in den ersten zwei Jahren neben seiner militärischen Ausbildung so viel hinzuzulernen, daß er jenseits nach von Allgemeinbildung besitzt, um die Offiziersschulen besuchen zu können. (Lebh. Zustimmung.) Richtig muß jeder, auch der Gymnasialabdurient, zwei Jahre in der Truppe dienen, ehe er die Offiziersprüfung machen darf. Wenn alle Stände und Schichten bereit sind, im Heere zu dienen, kommen wir von selbst zur Demokratisierung des Heeres. Wer ein Heer mit Streikrecht werde ich niemals akzeptieren. (Lebh. Beifall und Handklatschen.)

Buttkammer-Lohr bedauert, daß bei der Entscheidung über die Kapp-Rebellen auch die Disziplinäruntersuchung eingestellt worden sei. Er befürwortet, um dem Reichswehrminister den Rücken zu stärken, den Antrag Schwarzenberg auf energische Durchführung der Demokratisierung der Heeresverwaltung.

Reichswehrminister Gessler: Ich brauche keine Niederhaltung. (Lebh. Beifall.) Ich weiß sehr genau, was ich will, und daß ich das, was ich will, auch kann. Aber ich bin nicht so töricht, Unmögliches zu wollen, sondern nehme die Dinge, wie sie sind. Geseß, der Kapp-Beitrag hat die Krone in schwierige Verhältnisse gebracht, aber der größere Teil ist treu geblieben. Durch Herabsetzung von Abwesenheit gegen das Offizierskorps wird das Heer nicht demokratisiert gemacht. Ich habe erlebt, daß Leute am 11. März ihren Offizieren verhafteten, mit ihnen durch die Gassen zogen und sie am 21. März der Weimarer Regierung an Kapp-Beitrag beschuldigten. Aus 10 000 Offizieren gehen 4000 Republikaner auszuweisen, war eine glatte Unmöglichkeit. Töbter einmal einen bedauerlichen Fehler, als das Recht beugen. Die englischen Staatsmänner lassen sich nicht begroßmütern und nicht betanzen, und ich will es auch nicht. Mich einem Ausschuss als Kontrolle zu unterstellen, lehne ich als undemokratisch ab. (Stürm. Beifall.)

Staatsminister a. D. Kaufmann begründet eine Entscheidung, wonach der Parteitag die Förderung der nationalen und sozialen Politik in der demokratischen Republik auf der festen Grundlage der Reichsverfassung und unabhängig von Parteigruppierungen rechts und links im Rahmen der Deutschen Demokratischen Partei empfiehlt. — Reichsminister Koch fordert praktische Ausbaupolitik. Mit der Deutschen Volkspartei könne man zurzeit wohl einen Schritt zusammen gehen, wenn auch eine Heirat noch nicht am Platz sei. (Lurche: Koch nicht?) Zweifellos werde die Deutsche Volkspartei ihre zwiespältige Politik in der Regierung und im Lande auf die Dauer nicht aufrecht erhalten können. Die Deutsche Volkspartei habe zunächst die Entscheidung in dieser Frage, der wir läßt bis ans Herz gegenüberstehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso sei es Angelegenheit der Sozialdemokratie, ob sie sich von der Phrasenpolitik wieder frei machen und mitarbeiten oder sich selbst das Grab graben wolle, indem sie sich mit den wilden Kommunisten an einen Tisch setze. Die wichtigste Frage sei die außenpolitische. Der Friedensvertrag trage die Schuld, daß wir unsere Beamten

nur so furchtlich bedenken und in der Ernährung durch immer neue Feuerung hindurchschreiten müßten. Ueber vorübergehende Niederlagen hinweg werde sich der demokratische Gedanke durchsetzen. (Stürmischer Beifall und langandauerndes Händeklatschen.)

Hausberg-Berlin hält den Optimismus des Reichswehrministers und Dr. Diers für bedenklich und erinnert an die Heberfälschung des Klapp-Putschs. In seinem Schlusswort wandte sich Peterlen gegen die Engbergigkeit der Parteien rechts und links, die Unterschiede der Konfession, der Klassenzugehörigkeit und der gesellschaftlichen Zugehörigkeit machten, während die demokratische Partei für Toleranz und gegenseitiges Einverständnis eintrat.

In der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteitag die Ausführungen des Reichswehrministers billigt und die anderen Anträge über die Reichswehr für erledigt erklärt werden. Der Parteitag hat die Anträge überwiesen, dahin zu wirken, einen Parteitag an die Verhängung der Reichswehr und einen Parteitag zur Erinnerung an die Reichsgründung einzuführen.

Einmütig angenommen wurde dann der wichtige Bremer Antrag, in dem Vordergrund der politischen Tätigkeit die Pflege des nationalen Gedankens zu stellen, die Vereinigung Deutsch-Lehrerreichs mit dem Deutschen Reich zu betreiben, die Unzulänglichkeiten des Friedensvertrages auf dem Verhandlungswege zu beseitigen zu versuchen und im Hinblick die Vorbedingungen wirtschaftlicher und politischer Art für die Vereinigung aller deutscher Völker im gemeinsamen Vaterland jahrelang zu beraten. Angenommen wurde auch ein Antrag auf Revision des Versailler Friedensvertrages und planmäßige Ausfüllung über seine Unzulänglichkeiten. Einmütig wurde auch der Antrag Dortmund angenommen, der von Hausmann empfohlen war und auf den Boden der vom Parteivorstandigen Dr. Peterlen fundierten Grundidee stellt.

Ein Antrag auf die Veränderung des Namens der Partei wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Einmütig angenommen wurde ein Frauenantrag, der beim Auswärtigen Amt ein Frauenreferat und im Dienste des Auswärtigen Amtes Frauen beschäftigt haben will, mit der Aufgabe, die Beziehungen zu den Frauen und Frauenorganisationen im Ausland zu pflegen.

Nach der Mittagspause verbreitete Reichstagsabg. Beh. Kommerzienrat Dr. Wieland-Ilm sich über die Not der deutschen Wirtschaft. Beidert von der Flut papierner Noten taumle das Volk am Rande des Abgrunds vom Genuß zur Begierde. Aus diesem Bahn es herauszureißen und zur Selbstbesinnung zu bringen, sei die vornehmste Aufgabe der demokratischen Partei.

Zu einer Hebung der Kaufkraft des deutschen Geldes können wir nur durch eine erhöhte Steigerung unserer Gütererzeugung kommen und die nötige Voraussetzung hierfür ist eine wesentliche Vermehrung der Kohlenförderung. Uebergehend zur Sozialisierungsfrage stellte der Redner die Forderung, daß die selbsttätigen und verantwortlichen Unternehmerpersönlichkeiten erhalten bleiben müssen, ebenso wie die Arbeitsfreudigkeit einer freien Arbeiterbewegung.

Die wirtschaftspolitische Aussprache eröffnete Dr. Walter Rathenau-Berlin, Präsident des Aufsichtsrats der A. G. O. Das Zentralproblem sei und bleibe das der Produktion. So phantastisch es auch klingen mag, unsere Produktion müsse und könne verdoppelt werden, obgleich wir unseren Boden nicht vermehren können und uns auf die vorhandenen heruntergewirtschafteten Anlagen beschränken müssen. Unsere alte Wirtschaft ist darin, daß den furchtbaren Erlebnis der letzten Jahre können wir nicht an unser Wirtschaftsleben zurückgehen, als ob nichts geschehen wäre. In Wirklichkeit haben ja auch die großen Konzentrationen und Zusammenschlüsse bereits begonnen. Diese Entwicklung ist unaufhaltsam. Hier vollzieht sich ein Naturgesetz:

Der Wille zur Ordnung.

Aber es würde nicht genügen, lediglich unsere Produktivität zu vergrößern, wir haben auch eine wirtschaftlich soziale und wirtschaftlich konsumentmäßige Aufgabe zu erfüllen. Wir Demokraten müssen mit doppelter Willenskraft die großen Aufgaben unserer Zeit: Regelung der Wirtschaft, Steigerung der Produktion und Durchführung sozialer Gedanken zu lösen suchen. Unsere Zukunft kann nicht durch Ansehen und Diplomaten gerettet werden, sondern nur durch Ideen.

Unpolitische Tageschronik.

Mainz. (Stillelegung der Opelwerke.) Die Opelwerke in Rüsselsheim haben gestern früh bis auf weiteres ihren Betrieb eingestellt. Maueranschläge in den Fabrikteilen mit, daß die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt. Als Ursache wird angegeben, daß die von den Arbeitern geforderte wirtschaftliche Beihilfe in Höhe von 1000 Mark nicht bewilligt werden könne, wenn der Betrieb ordnungsgemäß aufrecht erhalten werden soll. Da etwa 4000 Arbeiter und Angestellte in Frage kommen, handelt es sich um eine Ausgabe von 4 Millionen Mark. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist Gendarmerie beordert worden. Der Betriebsrat der Firma hatte infolge der ablehnenden Haltung der Firma mit Rücksicht auf die zu befürchtenden Ruheunruhen sein Amt niedergelegt.

München. (Teures Papier.) Mit dem hier abgehaltenen ersten internationalen Briefmarkenhandlertag war eine Auktion verbunden. Bei starkem Besuch war die Auktion sehr rege. Die unerschöpfte Mark zu 1 Mark Deutsches Reich mit dem Aufdruck „250 Franken Belien“ wurde mit 17 500 Mark und die letzten Marke Bayerns zu 3 Mark mit Wappensteinzeichnung auf w. Pergamentpapier mit 12 000 Mark bezahlt.

Münchener. (Totschlag oder Raubmord?) Mittags gegen 12 Uhr wurde in seiner Wohnung, Schwepfermannstraße Nr. 18, ein 33 Jahre alter lediger Holzschlächter mit einer Wunde am Kopfe tot aufgefunden. Die Leichenschau stellte fest, daß der Tod durch Erschlagen eingetreten ist. Die polizeilichen Erhebungen sind im Gange. — In dieser Mordtat an dem 53jährigen Holzschlächter Georg Bauner wird folgendes mitgeteilt: Der Genannte und dessen Schwester, die Expeditorwitwe Luise Derschner, besitzen das oben genannte Anwesen gemeinschaftlich. Der Genannte hatte die Wohnräume im 1. Stockwerk mit der hieran anschließenden Bekleidungsstube, während seine Schwester und deren Gatte, ein gewisser Gnaelhardt, das Parterre bewohnten. An jenem Tage nun gegen 12 Uhr, als dessen Schwester das Mittagessen brachte, fand sie den Bauner (Bruder) tot vor der Verkleidung auf. Pfortener war verschlossen, der Ausgang von der Wohnung aus jedoch offen; zu bemerken, die Bekleidungsstücke waren weder erschrocken noch durchwühlt, alles was waren die Geldbörsen leer. Man fand lediglich ein paar Kleingeld und Papierwurstballen, auf denen arithmetische

Wird die Herrschaft des Vols der Wende, so müssen wir die neuen Ideen der Zeit ergreifen, mit ihnen kämpfen und durch sie siegen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Rathenau sprach der Reichstagsabg. Keinauf, der die politischen Aufgaben der Demokratie noch nicht als erfüllt ansah. Vor allem sei noch Durchbringung der demokratischen Gedanken bei allen Volksgenossen erforderlich.

Somit schlossen die Beratungen des zweiten Tages.

Kundgebungen der Sowjetregierung.

Die Sowjetregierung richtet folgende Mahnung an das Land:

Der bevorstehende Warenaustausch mit dem Westen wird für Sowjetrußland nur möglich sein, wenn die Industrie und Landwirtschaft im Lande wieder aufgebaut wird, andernfalls verliert der Handelsfonds, und wir werden nicht ausführen können. Die Aufgabe eines jeden Arbeitenden in Sowjetrußland ist eine angestrengte, unermüdete Arbeit. Die gegenwärtige hartnäckige Arbeit wird in der nächsten Zukunft glänzende Ergebnisse zeitigen. Der bevorstehende Warenaustausch wird verschiedene wichtige Fragen unseres Staatsbaues lösen.

Das Revolutionskomitee der Krim hat beschlossen, daß die Herausgabe sämtlicher Zeitungen durch das Pressekomitee zu erfolgen hat. In russischer Sprache werden erscheinen: Die Zeitung „Rote Krim“, das führende Zentralorgan der ganzen Krim, die „Nachrichten des Sewastopoler Revolutionskomitees“. In Simferopol und Sachkiseraj sollen zwei Zeitungen in tatarischer und in Simferopol eine in deutscher Sprache erscheinen.

In einer Kundgebung der Sowjetregierung heißt es: Die Arbeitenden Sowjetrußlands haben ihren letzten Gegner, Balachowitsch geschlagen. Jetzt herrscht auf allen Fronten Ruhe. Trotzdem müssen wir auf der Hut sein, da wir von allen Seiten von uns feindlich gesinnten bürgerlichen Staaten umgeben sind. Eine Atempause haben wir jedoch schon erreicht.

Der Vorsitzende der russischen Handelsdelegation in England, Krassin, hat sich an den britischen Premierminister Lloyd George und den italienischen Minister Sforza mit dem Hinweis auf die ernste Lage gewandt, die durch die Ankunft der bewaffneten Streitkräfte des Generals Wrangel in der Nähe von Konstantinopel geschaffen worden ist. In dem Telegramm heißt es weiter, Krassin habe die Ermahnungen ausgesprochen, daß die englische Regierung Maßnahmen treffen werde, um zu verhindern, daß die Truppen des Generals Wrangel zu einem neuen Ueberfall auf die Sowjetrepublik verwendet würden. Die englische Regierung müsse Maßnahmen zur Entwaffnung und Auflösung der Armee Wrangel treffen.

„Politiken“ meldet aus Moskau: Die gestern überreichte Protestnote der Sowjetregierung erklärt, daß General Jelizewski im Wilner Gebiet reaktionäre Kräfte organisierte und auch den Resten der Heere Sawinkows und Balachowitsch Zuflucht gewährte. Da Jelizewski mit der polnischen Regierung in enger Verbindung stehe, müsse die Sowjetregierung die polnische Regierung für eine eventuelle Verletzung der russischen Interessen verantwortlich machen. Ferner protestiert die Sowjetregierung dagegen, daß der Völkerbund neutrale Truppen nach Warschau entsenden würde.

D'Annunzios Macht wächst.

Gon der Regentenschaft des Carnaro (d. i. D'Annunzio) wird amtlich gemeldet:

Zeitungen des Reiches berichten, daß der Kommandant D'Annunzio mittels mehr oder weniger offizieller Vermittler der Regierung S. M. des Königs von Italien Vorschläge zur Lösung der künftigen Frage unterbreitet habe. Kein Vorschlag irgendwelcher Art ist vom Kommandanten D'Annunzio gemacht worden, der sich entschlossen ist, nicht von der politischen Richtung der Regierung der Regentenschaft abzuweichen.

Mittlerweile bestätigt es sich, daß D'Annunzios Haltung tatsächlich durchaus ablehnend bleibt. Außer den beiden Torpedobootszerstörern sind weitere Truppen zu ihm übergegangen.

Der „L'Espresso“ meldet aus Fiume: 600 italienische Truppen sind zu D'Annunzio übergegangen. In Fiume ist es bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen den Truppen D'Annunzios und den Italienern gekommen. Auch hier gingen große Teile des italienischen Heeres zu den D'Annunzios über.

Summen voranmerkt waren. Anscheinend handelt es sich um einen Raubmord, da der Geldbeutel vor nicht allzu langer Zeit noch im Besitz eines Bankbeamten gewesen sein soll. Die Verlauterung ist die Mordtat vermutlich bereits schon in der vorangegangenen Nacht oder schon tags zuvor erfolgt. Als der Tat verdächtig wurden die Schwelger des Ermordeten und deren Geliebter vorerst in polizeiliches Gewahrsam genommen.

Berlin. (Ein neuer Filmbrand.) Im Theater-Keller in Tempelhof entzündete vormittags im Nebenraum, gerade wie bei dem todschweren und androchrobenen Filmbrand in der Kochstraße, ein gewisser Feuer, dessen Entstehung noch unbekannt ist. Die dort beschäftigten Knackstellen konnten sich aber noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, da Notausgänge und Schutzvorrichtungen ausreichend vorhanden waren. Die Feuerwehr schickte, daß Feuer sehr schnell auf seinen Fortschritt, so daß es auf die anderen auf dem Grundstock liegenden Gebäude nicht überreifen konnte. Gegen 12 Uhr war das Feuer gelöscht. Der Schaden des Brandes, dem neben kleineren Objekten noch das Regattis eines Maximfilms und einige Postkarten zum Opfer fielen, wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

Damburg. (Wirkzeit der Verbrecher.) Wie dem „Damb. Anz.“ berichtet wird, beträgt die Gesamtzahl der im letzten Vierteljahr, vom Juli bis Oktober, allein in Damburg angemeldeten Straftaten, ohne die auswärtigen, über 15 000. Darunter fanden sich weit über 500 Fälle von Minderverbrechen, fast tausend Morde und sechs Fälle von Totschlag, annähernd 1400 Körperverletzungen und fast 2000 Diebstähle, darunter fast 1000 F. Handtaschen und über 700 Wäckerbestandungen, 168 mal hat die Polizei wegen Raubes einschreiten müssen und fast hundertmal wegen Erpressung.

Meran. (Dramatischer Selbstmord einer Tänzerin.) Im Kasino des Meraner Kurhauses hat die bekannte spanische Tänzerin Malwina Bivian Selbstmord verübt. Sie schüttete Cyanalkali in ihr Sektglas und leerte es aus, ohne daß die Umstehenden sie daran zu hindern vermochten. Die Bivian, Berlins größte Spielerin, deren Verhaftung in Meran im Sommer dieses Jahres großes Aufsehen erregte, hat auch in Meran um Unfugum gespielt und einen Verlust von 160 000 Lire (etwa 400 000 Mark) erlitten. Das scheint die Veranlassung zu ihrem Selbstmord gewesen zu sein.

Paris. (Schweres Eisenbahnunglück.) Wie die Direktion der Nordbahn mitteilt, ist auf dem Bahnhof von Armentières ein Güterzug mit

Keine Ausnahme für Bayern und Österreich

Beim Auswärtigen Amt ist die Antwort der interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. November überreichte deutsche Note über die Einwohnernormen eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnernormen in Bayern und Österreich nicht an, wiederholt die „undächtige Forderung“ der fortiger Auslösung und Entlassung aller Selbstbestimmungsinstanzen und verlangt unverzüglich Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierzu zu treffen gedenkt.

Das brennende Irland.

Die „Morning Post“ meldet: Die Einigungsverhandlungen mit den Iren sind gescheitert. Die englische Arbeiterpartei unter Führung Henderson hat ihre Vermittlungsaufgabe eingestellt. Die Entwaffnungsfaktion ist auf ganz Irland angedeutet.

Die Ernährungslage.

Im Reichswirtschaftsrat wurde am Montag die Ernährungslage besprochen.

Chefbedienter Georg Bernhardt führt aus: Die Reichsregierung hat gar nichts zu veranlassen. Die einseitige Wirtschaftsauffassung innerlicher Regierung und führt nur die Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums. Die Notwendigkeit einer viel größeren Treibeinfuhr bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine große

Verflechtung unserer Salute.

Nicht verstehe nicht, wie der Minister sagen kann, die Lage nicht schlechter als im vorigen Jahr. Woher will der Ernährungsminister die Devisen für die Einfuhr nehmen? So lange will man dieses Sorgen fortsetzen? (Zuruf: 1 Jahr. Vielleicht geht es nicht einmal 1 Jahr.)

Bankbeamter Runzel (Arbeitnehmer des Handels) Die Verhandlungen des Unterausschusses haben ergeben unter der mangelnden Führung mit den beteiligten Ministerien zu leiden. Die Ausführungen des Reichs Ernährungsministeriums in der Düngemittelfrage widersprechen den vom Wirtschaftsministerium aufgestellten Richtlinien. Mit dem Einlauf von Getreide im Ausland darf nicht wieder die ungünstige Entwicklung der Preise erwartet werden. Die Teilnehmer sind und darüber klar, daß die jetzige Zustand der Wirtschaft nicht zum Dauerzustand werden darf.

Prof. Dr. Kerst (Die Viehhaltung darf der menschlichen Ernährung keine Konkurrenz sein. Wir müssen eine einheitliche Futtermittelbasis schaffen. Auf den früheren Wohlstand der Viehhaltung werden wir allerdings nicht wieder kommen.)

Redakteur Umbreit (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) Der Unterausschuss hat vor allem die Einfuhr von Phosphat verlangt. Umso merkwürdiger ist die Stellung des Ernährungsministers, der statt Düngemitteln Nahrungsmitteln einführen will.

Freiherr von Nischkoffen (Bund der Landwirte) Die Wünsche des Reichswirtschaftsrates müssen von der Regierung berücksichtigt werden.

Die landwirtschaftliche Produktion wird ermächtigt durch die Verteuerung der Kohle. Im Ausland sind die Getreidepreise viel höher.

Prof. Dr. Duisburg (Chemische Industrie) Die Lager an Kali sind bis an die Decke gefüllt. Die Preise sind sehr niedrig. Unschlüssig müssen wir um Absatz kämpfen, trotz der niedrigen Preise. Eine wirtschaftliche Unschlüssigkeit ist es, daß von dem knappen Kalisulfat die Gewinnbereitschaft wird während unsere chemische Industrie aus Schwefelsäure synthetischen Effsa herstellen kann.

Kommerzienrat Untucht (Industrie) fordert Befestigung der Reichsregierung und Freigabe der Zuckerverwirtschaftung.

Ministerialdirektor Hoffmann erklärt, daß eine Folge zur Abgabe von verfallenen Mehl bereits vom Reichsamt für Mehl zur Verfügung gestellt werden soll.

Stabsrat Humann (München) berichtet über die Verhandlungen. Die Beratung soll erst morgen stattfinden.

einem Personenzug zusammengestoßen. Nach dem Zusammenstoß wurden 10 Personen getötet und etwa 20 verwundet. Der Materialschaden ist bedeutend.

Paris. (Das Geheimnis Gambettas.) Das Herz Gambettas ist nach dem Vatican überliefert worden. Sein Zustand befindet sich, wie dieser Tage berichtet wurde, in dem Vorparatistischem eines Pariser Anagnorates, und jetzt erzählt man, daß auch die sonstigen herrlichen Ueberreste des nationalen Helden nicht ausnahmslos in Nizza ruhen, wo Gambetta beigesetzt wurde. Der „Matin“ erzählt, daß das Geheimnis in Pariser Anagnorates Institut aufbewahrt wird. Im Jahre 1907 habe Paul Guacintze Louvon es dort unter anderen Kuriositäten gesehen, eine große Masse von abgewanderten ansehnlichen Gewichte. Es wurde unter einer Glasalode aufbewahrt, neben dem Gebeine eines armenigen Menschen. Inzwischen wurde es allerdings an eine würdevolle Stelle gebracht. Jetzt befindet es sich neben dem eines Marineoffiziers. Sein Aussehen hat sich unter der Einwirkung eines so „schönen“ geändert. Es ist aufammen geschrumpft und in kleine Teile zerfallen. Louvon verlannt, was möge es in einem besonderen Saale der Akademie der Wissenschaften in einer Vitrine aufstellen, wenn man es nicht gleich dem Herzen im Protheon unterbringen will.

Shanghai. (Ein hitziger Befehl gegen die Frauen.) Der Polizeichef hat ein strenges Edikt erlassen, die nunmehr auch im himmlischen Reich sich einbürgern neuen Damenmoden erlassen. Mit ernsten Worten warnt die Chinesinnen davor, diese europäischen Schamlosigkeit im Reich des Konfuzius einzuführen. „Die Kleidung der Frauen“, heißt es in der Verordnung, „ist in neuerer Zeit vielfach zu kurz, so daß die Arme und die Fußstüchel zu sehen sind. Viele dieser Kleider sind eine Nachahmung fremder Moden und verunstalten die Trägerinnen, die dann noch wie Fremde noch wie Chinesinnen aussehen. Frauen mit solcher Kleidung sind schamlos genug, sich auf den öffentlichen Straßen zu zeigen. Alle Frauen, die in einem solchen Aussehen getroffen werden, sollen in Zukunft verhaftet und schwer bestraft werden.“

Hardings Völkerbund.

Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, glaubt man, daß Harding Eliza Root, Hoover und Hughes als Mitglieder der Delegation ernennen wird, die nach Europa geschickt werden soll, um Unterhandlungen betreffend die Schaffung eines Völkerbundes der Nationen einzuleiten.

Keine Brotpreiserhöhung.

Immer wieder wird in der Presse behauptet, daß eine mehr oder weniger bedeutende Erhöhung der Brotpreise, richtiger gesagt der Mehlpreise, seitens der Reichsgetreidebestelle bevorstehe. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, ist die Behauptung unzutreffend. Der Reichsernährungsminister hat bereits in seiner letzten Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß eine solche Erhöhung angesichts der gesteigerten Aufwendungen, die die Bevölkerung für die Versorgung gerade im Winter belassen, bei der immer mehr sinkenden Kaufkraft weiter Kreise nicht zugänglich ist und daß, um den Mehlpreis auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, allein für die Zeit bis zum 31. März 1921 rund 5 1/2 Milliarden Mark an Reichszuschüssen angefordert werden müssen. Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, auf welche Tatsache die Behauptung von einer bevorstehenden Erhöhung der Brotpreise sich stützt.

Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien.

Wie das Korrespondenzbüro vernimmt, ist zwischen der serbischen und der bulgarischen Regierung wegen der Abgrenzung des niederländischen Koninkreichs in Belgrad eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Die bulgarische Regierung betrachtet die von der serbischen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommene Haltung als mit der für die Aufrechterhaltung einer nationalen Neutralität üblichen Haltung im Widerspruch stehend. Sie beantragte daher ihren Gesandten in Belgrad, Serbien zu verlassen und teilte dem serbischen Botschaftsrat im Haag mit, daß auf seine weitere Kammerfahrt im Haag kein Wert gelegt wird.

Frauenstudium in Deutschland.

In den reichsdeutschen Universitäten studieren zurzeit 8000 Frauen. Das sind 200 weniger als im Vorjahre. Vor zehn Jahren studierten insgesamt etwa 4000 Frauen, und zwar in Berlin 1100, in München 700, in Freiburg und Bonn 500, in Frankfurt, in Heidelberg und Münster 400, in Breslau, Leipzig, Hamburg, Göttingen, Jena, Köln, Marburg je etwa 300, in Tübingen, Würzburg und Halle je etwa 200, in Rostock, Kiel, Gießen, Greifswald je etwa 100 und in Erlangen 60. Die Frauen wenden sich nicht stark der Nationalökonomie und der Rechtswissenschaft zu, beson- dere der Pharmazie.

Neues Licht über den Lusitania-Fall.

Mit der Behauptung, daß die Lusitania eine große Menge Schießpulver, darunter 11 Tonnen Schwarzsulphur, an Bord hatte, und die Entzündung dieses Stoffes durch die Torpedierung zu dem raschen Sinken des Dampfers beigetragen hat, ist nunmehr der frühere „Kollektor“ des New-Yorker Hafens, Dudley Field Malone, hervorgetreten. Er war der oberste Aufsichtsbefehlshaber der Bundesregierung im New-Yorker Hafengebiet, und in dieser Eigenschaft hatte er die Schiffsdokumente zu prüfen, die Ladungen zu untersuchen und auf die Befolgung aller Neutralitäts-, Hafen- und Schiffsbestimmungen zu achten. Malone opferte dann seine angelegene Stellung, weil er sich dem Verhalten der Wilsonschen Regierung nicht fügen wollte, die nach einer Seite hin die größte Strenge ausübte, andererseits aber manches durchgehen ließ, was Malone persönlich nicht dulden wollte. Er verfiel bei den Washingtoner Herren in Ungnade, legte sein Amt nieder und ist einer der Führer der liberalen Farmer- Arbeiterpartei geworden.

In einer Rede, die er dieser Tage im New-Yorker Civil Club hielt, erklärte er, der Bundes Senator La Follette habe die Wahrheit gesprochen, als er behauptete, die Lusitania habe Sprengstoff an Bord gehabt. Malone selbst hat den Bericht verfaßt, der die Grundlage zu der zweiten Lusitania-Note des Präsidenten Wilson bildete. Er sagte, die Herren in Washington hätten La Follette wegen dessen Kampf gegen den Krieg und dessen Behauptung über die Sprengstoffladung der Lusitania verfolgt und unter Anklage gestellt, diese Verfolgung aber eingestellt, als La Follette sich bereit erklärt habe, die Wahrheit über die Ladung der Lusitania preiszugeben. Auch habe das Staatsamt La Follette die Einsicht in den Maloneschen Bericht verweigert. Präsident Wilson habe wohl Recht gehabt, als er die Behauptung der deutschen Regierung, die Lusitania sei bewaffnet gewesen, zurückgewiesen habe — aber die Wilsonsche Regierung sei völlig im Unrecht gewesen, als sie den Versuch gemacht habe, der Öffentlichkeit die Tatsache vorzuenthalten, daß das Schiff Kriegsladung an Bord hatte.

Durch diese Feststellung eines Mannes, der als letzter Amerikaner das Schiff vor seiner Abfahrt besichtigte und der die Versenkung beobachtet hat, wird wieder eines der Greuelmärchen, mit denen man während des Krieges gegen Deutschland arbeitete, in seiner inneren Unwahrhaftigkeit enthüllt.

Vor Beginn der Brüsseler Konferenz.

Vertrauliche Vorbesprechung der Entente-Vertreter.

Aus Brüssel wird gemeldet: Nach Pariser Berichten steht es nunmehr fest, daß vor Zusammentritt der Entschädigungs-Konferenz eine streng vertrauliche Unterredung der englischen und französischen Delegierten stattfinden wird. Zweck dieser Unterredung wird es sein, die von Frankreich neuerdings ins Treffen geführten Beschwerden über angebliche deutsche Vertragsverletzungen zu untersuchen. Der französische Ministerpräsident Poincaré teilte dies auch in der französischen Senatskommission mit, ohne jedoch diese Mitteilungen so scharf zu fassen, wie man dies aus den Berichten der Regierungspresse allenthalben schließen konnte. Nach ihrer Gewohnheit betreibt die französische Regierungspresse — am Vorabend der Entschädigungskonferenz — die gegen Deutschland erhobenen Klagen und macht auch diesmal aus der Vorfrage den Drehpunkt der kommenden Verhandlungen. Daß dies nicht der Fall ist, beweisen Mitteilungen des Lloyd George nahestehenden Blattes „Daily Chronicle“; das Organ weist darauf hin, mit welcher Zurückhaltung die führenden Londoner Kreise zu gewissen französischen Einschüchterungsplänen gegenüber Deutschland Stellung nehmen. Man wünsche, so meint das Blatt, nicht, die Atmosphäre der nächsten Brüsseler Konferenz vergiften zu sehen. Die englische Regierung nahm nach weiteren Mitteilungen von den französischen Aktenstücken bezüg- lich der Verwendung der französischen Vorschüsse an Deutschland Kenntnis und übergab dieses Material den für Brüssel bestimmten Nachmännern. Sobald die Nachprüfung stattgefunden hat, wird die oben erwähnte englisch-französische Vorbesprechung durchgeführt.

Steinwald und sein Programm.

Der Parteitag des Zentrums tagte im Preussischen Abgeordnetenhaus. Der Parteitag galt der Vorbereitung der preussischen Wahlen und der Feier des 50jährigen Bestehens des preussischen Zentrums. Neben der Mitteilung des Abgeordneten Gronowski über die Milchfrage, die hoffentlich recht bald amtlich bestätigt wird, fand eine Rede des preussischen Wohlfahrtsministers Steinwald größte Beachtung. Steinwald hatte vor einigen Wochen in Essen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß eigene Gedanken über

das politische Leben der Zukunft

entwickelt. Seine Essener Rede, so sagte Steinwald, hat in der deutschen Presse ein Mißverständnis darüber verursacht, was in politischer Hinsicht werden soll. Es wurde ausgesprochen, daß seine Essener Formulierung deutsch, christlich, demokratisch und sozial schon jetzt durchgeführt sei. Aber das stimmt nicht. Soweit ich die Dinge übersehe, besteht gegenwärtig keine Partei, die das ist, was ich mir persönlich unter diesen Begriffen vorstelle. (Hört, hört! und Widerspruch.) Auf die ehemalige einfache Formel von rechts und links ist das politische Leben der Gegenwart nicht mehr zu bringen. Viele glauben, ich erkläre eine geschlossene Front gegen alle bürgerliche Kreise, also ein Zweiparteiensystem. Das ist eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise. Wenn jede Partei eigenwillig auf ihren Traditionen und ihrem Programm bestehen bleibt, so wird in kurzer Zeit die Neugebaltung des Parteiwesens von außenher ohne die Parteien oder gegen sie in Fluß gebracht werden.

Mein Ziel ist, unser Volk wieder aus dem Meer des Unausbringens zu bringen.

Das Vaterland muß geteilt werden, selbst wenn die Parteien in Trümmern gehen sollten. Der Satz, das Vaterland steht über die Parteien, ist keine Phrase, sondern Wirklichkeit. (Zustimmung.) Die christliche Arbeiterbewegung, der deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen zwei Millionen Mitgliedern ist bereit an dieser welthistorischen Mission zu arbeiten. Nun gilt es, die Parteien für Deutschlands innere Erneuerung zu sammeln und zu formulieren, wozu nur so unser Volk und unser Vaterland geteilt werden kann. (Beifall und Widerspruch.)

Japan für die Rückgabe der deutschen Kolonien im Stillen Ozean.

Nach New Yorker Blättermeldungen soll Japan beabsichtigen, im Falle der Ablehnung seines Angebots, den Ausländern auf den Inseln des Stillen Ozeans die Rechte der ansässigen Bevölkerung zu gewähren, alle Annexionen der früheren deutschen Inseln im Stillen Ozean als zu Unrecht erfolgt zu erklären, die politischen Kreise in Washington stellen fest, daß Japan sich in den letzten Wochen merklich den Vereinigten Staaten entfremdet hat, und sind geneigt, an den Einfluß irgendeiner europäischen Macht zu glauben, die das Ziel verfolgen, die Vereinigten Staaten, besonders in den Fragen des Stillen Ozeans und Mexikos vollständig zu isolieren.

Kleine politische Nachrichten.

Eine wackere Tafel.

Nach einer Blättermeldung aus Halle a. S. haben sämtliche Kohlenbergwerke des Riesaer-Krausitzer-Kohlengebiets beschlossen, am sechs Sonntag in zwei Stunden ununterbrochen zu arbeiten und den Ertrag den Bedürftigen von Leipzig und Altenburg kostenlos zu liefern. Es werden jeden Sonntag 7000 Zentner Weiketts verteilt werden.

Zeitungsoverhof.

Die interaktive Kommission verbot das Erscheinen der „Oberschlesischen Landeszeitung“ in Deutchen auf zehn Tage, weil sie einen Artikel mit der Überschrift „Frankreich versucht eine Abstimmungsabotage“ veröffentlicht hatte.

Der Amerikaner Max Cornik kommt nach Berlin.

Der zurzeit in Paris weilende republikanische Senator Max Cornik beabsichtigt wie die „B. Stg.“ am Dienstag nach Berlin zu kommen.

Japan und die Union.

Das „Neue Blatt“ in Amsterdam bringt ein Telegrafisches Telegramm, wonach das japanische Parlament mit allen gegen 11 Stimmen die Befestigung der dem amerikanischen Philippinen vorgelagerten Inseln Formosa beschlossen habe. Ein zweiter Beschluß des Parlaments fordert einen scharfen japanischen Einspruch gegen das amerikanische Einwanderungssperregesetz.

Amliche Bekanntmachungen.

Zur Vermeidung von Stille und dadurch entstehender Unglücksfälle wird das

Modell

auf den Straßen und Plätzen innerhalb des Stadtbereichs strengstens untersagt. Die Polizei-Verwaltung.

Die Befestigung des Schusses von den Straßen und Bürgersteigen gehört zur Straßenreinigungspflicht der Anlieger. Wer die Reinigung unterläßt, der macht sich strafbar. Die Polizei-Verwaltung.

Mit dem auf beidseitigen Wagen muß vorn und hinten zur Vermeidung der Verunreinigung der Straßen mit einem Abklappblech versehen sein. Zuwiderhandlende werden bestraft. Die Polizei-Verwaltung.

Gesundene Gegenstände.

Ein Hund zugelaufen.

Rechte an demselben Gegenstand sind innerhalb drei Tagen in Rathaus, Polizeistube, geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist wird nach §§ 9 und 9 a der Dienstanweisung vom 27. Oktober 1899, betreffend Fund- sachen verfahren. Die Polizei-Verwaltung.

Weiterbericht

Sehr kalt, später etwas gelinder, geringer Schnee.

Lokales.

Die Union-Kichtspiele führen am Sonntag abend den Tattigen Kiezen-Film „Katharina die Große“ vor, ein Werk von ganz hervorragender Wirkung. Näheres wird im morgigen Inseratenteil bekannt gegeben. Die Filmleitung teilt uns mit, daß sie mit den Vera-Filmwerken in Ham- burg die Lieferung des Marburg-Films „Die schwarze Rose“ zum Abschluß gekommen sei und zwar soll der Film hier im Februar zur Vorführung gelangen.

Der deutsche Postverkehr bewältigt jetzt einen Umsatz von etwa zwei Milliarden täglich. Im September betrug er nach dem neuesten Ausweis fast 60 Milliarden, die sich auf fast 27 Millionen Rechnungen verteilen. Auf jeden der 26 Tage des Monats kommen also mehr als eine Million Rechnungen mit etwa 2 Milliarden Mark. Wollig bargeldlos beglichen wurden im September über 46 Milliarden. Der Betrag der Gut- und Lastschriften ist natürlich ungefähr gleich, dagegen wird nahezu doppelt so oft eingeschrieben. Die 333 412 Poststempelstunden haben jetzt ein durchschnittliches Gut- haben von fast 4 dreiviertel Milliarden.



Antäpfling der Wiedereröffnung meines Ladengeschäftes

empfehle als passendes

Weihnachtsgeschenke

Schürzen und Taschen (selbstgefertigt.)
Damentaschen, Geldtaschen, Portemonnaies (alles selbstgefertigt),
Postkarten, abgegr. für Weibchen, Wäsche und sonst.
in mein Fach einschlagende Artikel.
Halte mich fernere bei

vorkommenden Arbeiten

besonders empfohlen

Georg Schütz,

Sattler und Topfger.



Ein willkommenes

Weihnachtsgeschenke

zu einer

schöne Preise

Sie finden solche in großer Auswahl in allen Arten und
solchen Preise bei

Rudolf Neuhaus.

Zu Weihnachten

officiere:

Haselnüsse, gen. Kakaos, pr. Mandeln, Kuchens, Ammonium, Zitronen, Mandeln, Konfekt, und sämtliche Gewürze billig

Chr. Wieghardt.

Morgen Freitag:

Feinste lebendfrische

Schellfische.

Jean Engel.

Frisch eingetroffen

Die besten Gänge in bester Qualität, Röstfleisch in 8 Sorten, Feinster Kakao und Rastler Haselnüsse, Dozentliche Erdwürst, Korinthen und Sultaninen, Pambutter in 1-Pfund Packungen, Bönninger und Garbanen Labale. Täglich erwartend: 2 Zentner Haselnüsse.

Roussum-Verein.

Zurn-Verein Braubach, Vv. Jungfrauenverein.

Donnerstag abends 8 Uhr
Monatsversammlung bei H. Schmidt.

Alle turnplatzigen Mitglieder haben zu erscheinen.

100 Lehrlinge sind Oktan 1921 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldung mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Stadische Waisenhaus in Köln, Saig. Gürtel 41, Post-Richtungs.

Spore-Verein. Freitag abends 7 Uhr. K. R. inoffiz. Zusammenkunft bei Heinrich Triempe.

Weisgries

vorz. Suppenmehl! Lagerkosten. Aug. Fran.

